



Grüne Kanton Bern  
Les Verts Canton de Berne  
Monbijoustrasse 61  
Postfach 1066  
3000 Bern 23

Tel. 031 311 87 01  
Fax 031 311 87 04  
sekretariat@gruenebern.ch  
www.gruenebern.ch

Kommission Ergänzungsleistungen  
für einkommensschwache Familien  
Ratssekretariat  
Postgasse 68  
3000 Bern 8

Per Mail an: [info.gr@sta.be.ch](mailto:info.gr@sta.be.ch)

8. Dezember 2013

g Vernehmlassung zum Gesetz über Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamELG)

Sehr geehrter Frau Kommissionspräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum Gesetz über Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamELG) Stellung nehmen zu können.

Die Grünen haben sich schon in der Grossratsdebatte vom 10. September 2012 über die parlamentarische Initiative 147-2012 (Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien FamEL) und auch bei allen früheren Diskussionen zu diesem Thema für die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien ausgesprochen. Durch die rechtzeitige Unterstützung armutsgefährdeter Familien wird verhindert, dass später allenfalls eine Sozialhilfeabhängigkeit mit allen negativen sozialen und finanziellen Folgen entsteht. Eltern, die arbeiten, aber nicht genug verdienen, um die Familie zu ernähren, zu kleiden, zu versichern, eine Miete zu bezahlen – also den Grundbedarf zu decken –, sollen in ihren Anstrengungen und in ihrem Bemühen, nicht vom Sozialdienst anhängig zu werden, mit Familienergänzungsleistungen unterstützt werden. Die Sozialdienste werden im gleichen Schritt entlastet, was die Fallzahlen und Finanzen betrifft.

Das Kommissionsmitglied der Grünen hat sich angesichts der derzeitigen finanziellen und politischen Situation im Kanton Bern in der Kommissionsarbeit für eine moderate Form der Familienergänzungsleistungen ausgesprochen und hat auch verschiedene Vorschläge und Anträge in die Kommissionsarbeit eingebracht, die jeweils Mehrheiten gefunden haben und in beide Modelle eingeflossen sind. Es ging und geht den Grünen darum, eine Grundversion zu unterstützen, die allenfalls eine politische Mehrheit finden könnte. Dem wichtigen Anliegen ist nicht geholfen, wenn es endgültig Schiffbruch erleidet. Darum sind die Grünen in der Kommissionsarbeit der skeptischen Gegenseite schon weit entgegengekommen.

Zu den beiden ausdrücklich gestellten Fragen:

**Wird die Einführung von Familienergänzungsleistungen allgemein unterstützt?**

Wie schon in der Einleitung erwähnt, unterstützen die Grünen die Einführung von Familienergänzungsleistungen klar.

**Wird das Grundmodell oder die Modellvariante zu Art. 7 bevorzugt?**

Die Grünen bevorzugen das Grundmodell. Zur Familie gehört mindestens ein Kind, welches das Alter der ordentlichen Schulpflicht gemäss Artikel 22 Absatz 1 des VSG noch nicht erreicht hat.

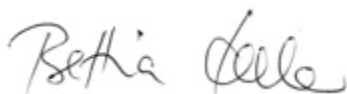
Die Modellvariante würde den Kreis der potenziellen Empfängerfamilien von Familienergänzungsleistungen wegen der Beschränkung auf Einelternfamilien und bei Zweielternfamilien auf solche mit drei und mehr Kindern deutlich verkleinern und würde für den Kanton dementsprechend günstiger. Die Grünen sind sich bewusst, dass dies in der heutigen angespannten finanziellen Situation des Kantons Bern ein wichtiges Argument sein kann. Trotzdem möchten wir ausdrücken, dass wir das Grundmodell bevorzugen. Wir weisen zudem darauf hin, dass bereits die Beschränkung der Familienergänzungsleistungen auf Familien mit Vorschulkindern eine erhebliche Einschränkung des Bezüger/innen-Kreises darstellt, welche den sozialpolitischen Zielen der Familienergänzungsleistungen grundsätzlich zuwiderläuft und auch in der parlamentarischen Initiative 147/2012 nur als Variante vorgesehen ist.

Alle anderen Artikel wurden bereits während der Kommissionsarbeit in intensiven und konstruktiven Auseinandersetzungen und Diskussionen erarbeitet und fanden grundsätzlich deutliche Mehrheiten.

Mit Bedauern haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Kommission aus finanzpolitischen Überlegungen vorerst auf die Einführung von Familienergänzungsleistungen verzichten möchte. Die Grünen bitten die Kommission, auf diesen Entscheid zurückzukommen und die Einführung der Familienergänzungsleistungen zu ermöglichen. Alles andere würde den unverständlichen Slalomkurs des Kantons Bern bei der Einführung von Familienergänzungsleistungen nur noch verstärken.

Wir danken für die Kenntnisnahme und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung (Tel. 031 311 87 01).

Freundliche Grüsse



Bettina Keller  
Grossrätin Grüne